

Implosion und Explosion: Der Niedergang des Staatssozialismus und die nationale Frage

Eigentlich sollten die Geistes- und Sozialwissenschaften dem altrömischen Grundsatz folgen „sic tarquisses...“ und eine längere Denkpause einlegen. Schließlich haben sie auf doppelte Weise versagt: Gleich, ob Geschichte, Philosophie, Politologie oder Soziologie, sie erwiesen sich – unabhängig davon, um welche Schule es sich handelte – als unfähig, einmal die Implosion des Staatssozialismus zu prognostizieren, wie sie zum anderen sich nicht weniger unfähig zeigten, die aus der *Implosion* des Imperiums resultierende nationale *Explosion* zu diagnostizieren.

Das Elend der Theorie angesichts einer auf chaotische Weise erneut offenen Geschichte ist unübersehbar. Die Fülle der im Zeichen der Postmoderne formulierten Theorieangebote steht im umgekehrten Verhältnis zur Fähigkeit, die in Permanenz mutierende Realität zu fassen. Anlässlich einer internationalen Debatte an der Universität Chicago (Februar 1991) zum Thema „Social Sciences and Revolution in Eastern Europe“ wurde deshalb der Ausweg logischerweise im dezidierten Bekenntnis zur Chaostheorie gesucht.

Eine exakte historische Bestimmung der transformatorischen Prozesse in den postsozialistischen Staaten steht noch aus. Der Versuch, diese Umwälzungen durch bloße Analogieschlüsse und Extrapolationen der Revolutionserfahrungen des 18. und 19. Jh. zu entschlüsseln – etwa im Sinne von François Furet: 1789 sei die Zukunft von 1917 – haben bislang wenig zur Erhellung beigetragen. Die Krisensyndrome betreffen nicht mehr – wie einst – Weltausschnitte, sie sind längst zu Merkmalen einer allgemeinen Zivilisationskrise, die nach dem Wegfall des Schibboleths des Systemkonflikts in aller Schärfe hervortritt, herangewachsen. Selbst die von Jürgen Habermas postulierte „Nachholerevolution“ oder, wie Jürgen Kocka wiederholt leicht modifizierte: „Aufholerevolution“, landen am Ende bewußt oder unbewußt beim Fukuyamaschen teleologischen Modell: der Sinn der Geschichte erfülle sich in der liberalen Demokratie, wie kritisch man auch immer diesen Begriff deute. Alternativen kommen in der Geschichte nicht vor: Faschismus, Kommunismus seien gescheitert; für theokratischen Fundamentalismus stehe ein Scheitern zu erwarten (Ralph Buultjens). Was heißt dann noch offene Ge-

schichte? Welche realen Möglichkeiten – von Ausnahmen abgesehen – bestehen, Geschichte „nach-“ oder „aufzuholen“ im Rahmen eines Weltsystems, das (lt. Immanuel Wallerstein) in Zentren, Peripherien und Sub- bzw. Halbperipherien konstituiert ist? Wie groß ist speziell in Europa die Gefahr, daß nach dem Ende des militärischen Gleichgewichts die traditionelle historische Realität des West-Ost-Gefälles wieder auf Dauer durchschlägt? Ist die Welt wirklich, wie Arthur Schlesinger 1990 formulierte, auf dem Wege, „fair, mitleidsgeprägt und frei“ zu werden oder droht nicht eher die Teilung des Globus in ein reiches Fünftel und vier arme Fünftel nunmehr auf Europa durchzuschlagen? Spätestens Los Angeles und die grassierende Migrationsfurcht Europas haben gezeigt, daß die Dritte Welt längst kein externes Problem mehr ist, sondern immer neue Dritte-Welt-Inseln eine innere Herausforderung der Ersten Welt darstellen. Viel erschreckender noch: das gegen alle Warnsignale mit dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro (Juni 1992) manifest gewordene globale Versagen der politischen Klasse.

Was das Aufgehen der nationalen Frage in Ost-, Südosteuropa und Mittelasien als Folge der Implosion des Imperiums angeht, gibt es die widersprüchlichsten Interpretationsangebote: Auf der einen Seite die fundamentalistische Kritik an Nationalstaat und Nationalismus als Irrwege historischer Entwicklung – Peter Glotz und Minc können dafür als paradigmatisch gelten; andererseits die enthusiastische These des englischen Historikers Michael Howard, daß die postsozialistische Welt einen „Völkerfrühling“ wie weiland 1848 erlebe.

Bemerkenswert ist die Lautlosigkeit, mit der die einst propagierte Auffassung, derzufolge Europa bereits in die postnationale Phase eingetreten sei, folglich nicht mehr der National-, sondern der Verfassungsbürger die politisch-gesellschaftliche Realität bestimme, ad acta gelegt worden ist. Requiem für die schöne Illusion: Jean-Jacques Rousseau unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft; statt des „bon sauvage“ den „bon citoyen“? Trotzdem bleibt die Fähigkeit der Intelligenz, aus dem Fiasko der eigenen Theorien Kapital zu schlagen, bemerkenswert: Neue Theoriefülle als Kaschierung der virtuellen Theoriekrise. Europa hustet, und die Welt ist krank.

Nationwerdung impliziert stets einen doppelten Vorgang: Erstens und am deutlichsten die *Abgrenzung* gegen außen – das Wissen um das Anderssein, die Unfähigkeit, der Unwille, im Fremden Eigenes wahrzunehmen: *nationes lupus*; zweitens das Bemühen um Eigenverständnis nach innen: der *integrative* Aspekt: die Sprache, Kultur, Mentalität, Wirtschaft, Gesellschaft, Territorium (letzteres für den Fall, daß Staat und Nation zusammenfallen). Extremste und archaischste Form der Abgrenzung ist das ethnisch und/oder religiös fixierte Nationalkonzept.

Der Niedergang des Staatssozialismus und die nationale Frage

Die Nation und der Nationalstaat sind vom Ursprung her ein spezifisch *europäisches* Phänomen, untrennbar mit der Epoche der Moderne, d.h. dem Herauswachsen aus der feudal-ständischen Gesellschaft und der Konstituierung der bürgerlichen Gesellschaft verbunden, wobei ausgeprägter Absolutismus und bürgerliche Revolution (Christopher Hill spricht für die Zeit nach 1660 von „Londonization“ Englands; Frankreich als „Grande Nation“) wesentliche konstitutive Prozesse darstellen.

Wenn aber – wie Jürgen Habermas meint – das Projekt der Moderne noch unvollendet sei, heißt dies dann nur, daß die Potenzen der – wie auch immer zu definierenden – „Vernunft“ noch nicht erschöpft seien oder prolongiert sich damit auf gleiche Weise das (eigentlich doch inzwischen postmodern überholte) Phänomen Nation. Was nichts anderes hieße, als das Stadium der Postnationalität neu durchdenken zu müssen; oder radikaler formuliert: eurozentrische Befangenheit konsequent aufzugeben.

Zu den neuen Theoremen der postsozialistischen Ära gehört die These vom Ende der Ideologien. Bereits diese These ist selbst wieder pure Ideologie: Gesellschaftliches Dasein ist stets an Ideologie gebunden. Der junge Marx hat den Historikern heftig angekreidet, sie würden jeweils „die Illusion der Epoche“ teilen. Folglich wäre zu fragen, von welchen Ideologien wir uns jetzt verabschieden, um uns nolens volens anderen zuzuwenden, vielleicht – weil gebrannte Kinder der Epoche – vorsichtiger, aber kaum weniger intensiv. Zu den fundamentalistischsten Formen von Ideologie, die gegenwärtig das politische Bild bestimmen, gehört zweifellos der Nationalismus Ost- und Mitteleuropas. Offensichtlich ist Ideologie nur durch Ideologie zu überwinden: der einstige Internationalismus durch den jetzigen Nationalismus.

Walter Reese-Schäfer betont in seinen Thesen, es habe sich lediglich der Nationalstaat mit Demokratie als kompatibel erwiesen. Wenn aber der Nationalstaat eine originär europäisch-westliche Einrichtung ist, erhebt sich die Frage, wie es um Nation, Nationwerdung und Demokratie außerhalb dieser geographisch-historisch-kulturell-wirtschaftlichen Sphäre bestellt sei. In seiner „Unfinished History of the World“ – vorweggenommene Gegenpointe zu „The End of History“? – bemerkte Hugh Thomas (1979): „Wer dem Westen neue Kraft wünscht, sollte auch nicht vergessen, daß die Freiheit in Form der repräsentativen Demokratie ... nur in Ländern besteht, die irgendwann von dem absoluten Wert gespeist wurden, den das Christentum der Einzelseele beimißt.“ Die „Latinitätsthese“ von Immanuel Geiss (1992) entspricht dem völlig. Speziell der ab 1945 bzw. 1960 (Jahr Afrikas) forcierte Dekolonisierungsprozeß verband sich mit der Vorstellung eines gesteuerten „nation-building“. Dieses nation-building bildete als Teil einer an westlichen Entwicklungsmodellen orientierten Strukturpolitik nicht weniger als die

Variante einer von den Metropolen verschriebenen Nachholerevolution: innerhalb von zwei bis drei Generationen einen Angleichungsprozeß zu vollziehen, wofür die westlichen Gesellschaften – mit dem Ausnahmefall Japans – bekanntlich etwa 300 bis 400 Jahre benötigten. Vergeblich predigte Frantz Fanon den Anspruch der „Verdammten dieser Erde“ auf eigene historische Wege. Die Folge bestand darin, daß dieser Vorgang – wie jede Forcierung historischer Prozesse – über das Maß ihrer organisatorischen Eigendynamik hinaus – zur Stunde der Exekutive und der außerökonomischen Gewalt geriet. Was konkret hieß: Diktatur, in der Regel Militärdiktatur, gleich ob nationalistischer oder sozialistischer Provenienz. Die Armee und/oder andere exekutive Institutionen übten in mehrfacher Hinsicht eine kompensatorische, d.h. das Fehlen oder die Schwäche organischer historischer Faktoren/Bedingungen ersetzende Funktion aus. Vor allem betraf das:

1. Die Schwäche oder das Fehlen einer selbständig organisierten und die eigenen emanzipatorischen Ansprüche artikulierenden Massenbewegung. Bäuerliche, kleinbürgerliche, proletarische Schichten fungierten in der Regel als manipulierbare quantitative Größe politischer Entscheidungsprozesse. Die dogmatisierte marxistische Theorie hat sich prinzipiell geweigert, der dualistischen und plurivalenten Funktion von Volksbewegungen in revolutionären und reformerischen Prozessen gesellschaftlichen Umbruchs Rechnung zu tragen.

2. Die Ersatzfunktion für eine fehlende oder schwache wirtschaftliche und politische Hegemonialklasse. Vor allem der Kompradorencharakter der entstehenden Bourgeoisie und Staatsbürokratie (einschließlich der „militärischen Intelligenz“) und die periphere Einordnung in das System der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (Subjekt-Objekt-Regionen) verhinderten eine Nationalstaatsbildung und Demokratieentwicklung „modernen“ Typs. Damit perpetuierte sich die „Nachholeentwicklung“ (gleich ob mit oder ohne Entwicklungsdiktatur) ins Unendliche. Jedes hegemonial bestimmte Welt-system – auch das auf der neuen Herrschaftstriade USA-Westeuropa-Japan fußende – hat diese Konstellation zur existentiellen Voraussetzung.

3. Die innere Schwäche und die untergeordnete Stellung in einem dominant strukturierten Weltsystem werden in letzter Instanz auf irrationale Weise kompensiert, d.h. durch Ausweichen in die zahllosen Spielarten fundamentalistischer Politik.

Der nationale Aufbruch in Ost- und Südosteuropa stellt das politisch-ideologische Europakonzept auf eine schwere Zerreißprobe:

– Wo soll „Europa“ enden: an der Oder, am Bug, am Ural? Wird im Südosten die Grenze unter Einschluß Sloweniens, Kroatiens, Slawoniens und Bosnien-

Herzegowinas gegen die Serben gezogen: Römisch-katholisches gegen griechisch-orthodoxes Christentum?

- Wie wird „Europa“ mit der Tatsache fertig, daß sich die Dritte Welt nicht mehr auf das „fernab“ liegende Afrika, Asien und Lateinamerika beschränkt, sondern über die tendenzielle Tiersmondisierung erheblicher Teile Ost- und Südosteuropas zur Realität im eigenen Kontinent wird?

Damit droht das Projekt der Festung Europa gegen den „Rest“ der Welt nicht nur von außen, sondern auch von innen her zu scheitern. Europaideologie entlarvt sich als ein auf kontinentale Ebene gehobener Supranationalismus: das andere Ende der postnationalen Hoffnungen – „Schimäre des europäischen Superstaates“ (Gerda Zellentin, 1992).

Während das „nationale Projekt“ in den neuzeitlichen Revolutionen Europas progressiv besetzt war, zeichnet sich im Verlauf des 19. Jh., wesentlich von der Romantik beeinflusst, eine konservativ-restaurative Vereinnahmung des Projektes ab. Ein besonderes Kapitel stellt das – grob formuliert, weil notwendigerweise extrem vereinfachend – Versagen der Linken in der nationalen Frage dar. Allerdings geht die Formel: links = internationalistisch, konservativ = nationalistisch, nicht auf; schließlich bliebe noch das liberale Oszillieren zwischen Kosmopolitismus und Nationalstaat einzuordnen. Der eigentliche Spagat der Linken bestand in der Anstrengung, das Bekenntnis zum Recht auf nationale Selbstbestimmung mit dem nicht weniger nachhaltigen Bekenntnis zum Internationalismus auf einen Nenner zu bringen. Daß Marx und Engels von der Hegelschen Vorstellung über „historische“ und „nichthistorische“ Völker als Träger des Fortschritts (alias „Weltgeist“) nicht unbeeinflusst geblieben sind, belegen ihre wenig vorteilhaften Urteile über die kleinen slawischen Völker oder die Art, wie sie bei aller Kritik die englische Politik in Indien rechtfertigten. Lenin selbst verkörperte den Gegensatz mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands einerseits und mit der Unterdrückung der georgischen Nationalbewegung andererseits. Das idealtypische Lösungsangebot für die nationale Frage unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft findet sich in der Arbeit von Stalin aus dem Jahre 1913. Mit der konservativen Nationalisierung der Russischen Revolution und des Staatssozialismus entartete dieser emanzipatorische Denkansatz zu einer modernisierten Version des traditionellen großrussischen Chauvinismus, der wesentliche Elemente des zaristischen Kolonialimperiums fortsetzte.

Die aktuelle Totsagung des Marxismus wird allerdings dazu führen, daß eine Aufarbeitung durchaus nachhaltiger Leistungen auf dem Gebiet der nationalen Frage zunächst aus dem Bewußtsein gedrängt werden. Das betrifft z.B. die Tatsache, daß bestimmte nationale Bewegungen in der ehemaligen

Sowjetunion dank der unter ihren Bedingungen des Sozialismus erfolgten Alphabetisierung, Schaffung einer eigenen Literatursprache, Aufbau regional-autonomer Bildungsnetze und Forschungsstätten (Rolle der Tokarev-Schule in der sowjetischen Ethnographie), die eigene Identität schufen, erst möglich geworden sind.

- Wäre nach der Implosion des ost- und südosteuropäischen Staatssozialismus und seiner Auflösung in konkurrierende nationale und regionale Einheiten eine analoge Auflösung Chinas in tribale, regionale und subnationale Größen tatsächlich im Interesse des Westens?
- Wer erinnert sich heute noch daran – der Kreis von Spezialisten ausgenommen –, wie entscheidend das russisch-sozialistische Modell auf die nationale und kulturelle Integrationspolitik der Mexikanischen Revolution unter José Vasconcelos gewirkt hat?
- Nach dem Vorbild der sowjetischen Nationalitätenpolitik forderte Alejandro Lipschutz, deutsch-baltischer Emigrant der Revolution von 1905, in Südamerika die Errichtung eigener Aymará- und Quechua-Republiken. Heute handelt es sich längst um Grundforderungen indigenistischer Emanzipationsprogramme, deren „sozialistischer“ Anstoß der Vergessenheit anheimgefallen ist.
- Mit José Carlos Mariátegui besaß Lateinamerika den bis heute originellsten marxistischen Denker über Geschichte, Kultur und indianische Mentalität dieses Kontinents.
- Ein nationales und soziales Hauptproblem der Kubanischen Revolution bestand und besteht in der politisch-historischen Rehabilitierung der afroamerikanischen Bevölkerungskomponente.
- Die auf religiöse, ethnische und nationale Integration orientierte Politik Jawaharlal Nehrus und seiner Nachfolger in Indien wäre ohne die Orientierung auf die Leitprinzipien von 1917 nicht denkbar (Die Entdeckung Indiens, 1946).

Genug der Beispiele, um in einer Zeit der kurzatmigen Verdikte für sachliches, d.h. historisch-rationales Nachdenken zu plädieren. Entgegen allen postnationalen Denkmodellen ist als Folge der Implosion des Staatssozialismus eine Epoche der Renationalisierung angesagt, die auch durch den Ruf „Zurück nach Europa“ nicht verdrängt werden kann. Vaclav Havels Hoffnung, daß es sich nur um eine Episode handle, scheint eine utopische Annahme, wie schon die innere Situation der CSFR selbst anzeigt. Das Problem besteht allerdings weniger im Fakt der Renationalisierung als unmittelbarer Reaktion auf den Zusammenbruch imperialer Dominanz: Wenn das Ganze zerbricht, triumphiert das Einzelne; Diadochenhochzeit. Der kritische

Punkt liegt im restaurativen Charakter des Prozesses, der einen Vergleich mit 1789 und seinen Nachfolgerevolutionen schwerlich oder auf nur sehr indirekte Weise zuläßt. Es ist offensichtlich, daß Michail Gorbatschows „Neues Denken“ am nachhaltigsten in der nationalen Frage gescheitert ist: sowohl, was das Verhältnis der UdSSR zu den übrigen sozialistischen Staaten anging, als auch die Situation innerhalb der UdSSR betreffend. Das Projekt der „Enthegemonisierung“ endete im totalen Fiasko, wenn es denn je ernst betrieben worden ist. Ein Grund mehr für den Westen, an seiner Hegemonie festzuhalten: „zur Dominanz verurteilt“ (Karl-Otto Hondrich) oder „für den Frieden Krieg führen“ (Karl Popper).

Die Begriffe „Restauration“ oder „restaurativ“ im Hinblick auf die national-desintegrativen Prozesse sind nicht auf die vereinfachende Formel: „Kapitalismus statt Sozialismus“ reduzierbar, wenngleich damit die sozialökonomische Grundtendenz angegeben ist, ohne schon Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle, speziell im Fall der GUS-Staaten damit verbinden zu können. „Früh-, Freibeuter- oder Manchesterkapitalismus“ sind eher moralisch-ethische als volkswirtschaftliche und gesellschaftlich-strategische Positionsbestimmungen.

Restauration in Bezug auf Prozesse der Restituierung nationaler Souveränität – eher formal-deklarativ in der Symbolik; Fahnen, Hymnen, Uniformen ... statt real-wirtschaftlich – führt wieder auf den Charakter der revolutionären und reformerischen Transformationsprozesse zurück, generalisierend als „Revolution von 1989“ gefaßt:

1. Das in einigen Ländern (z.B. UdSSR und Ungarn, bereits stark verzögert in Bulgarien) dominierende Element einer Revolution von oben, die aber letztlich an der Nichtreformierbarkeit des sklerotisierten Machtsystems scheiterte;
2. Die in anderen Ländern stärker oder schwächer ausgeprägten Tendenzen einer basisdemokratisch verankerten Revolution von unten (z.B. Polen und CSFR), die jedoch auffallend rasch marginalisiert bzw. traditionell machtpolitisch über eine forcierte „Thermidorianisierung“ institutionalisiert wurden;
3. Rascher und nachhaltiger als zu erwarten siegte der *bourgeois* über den *citoyen*, wobei nicht allein die innere Schwäche der Opposition, sondern auch der Charakter der äußeren (internationalen) Kräftekonstellation eine entscheidende Rolle spielte: im Falle Ostdeutschlands auf eine extrem dominante Weise. Die Hoffnung auf eine Alternative zwischen den Systemen, die auch der nationalen Frage einen anderen Charakter verliehen hätte, erwies sich als heroische Illusion. Für die DDR hat jüngst Meinhard Miegel (1992) die Vorstellung „von einem eigenen Weg einer

freiheitlich-marktwirtschaftlichen DDR“ in das Reich der Träume verwiesen. Es entbehrt also nicht der Logik, wenn das Bündnis 90 inzwischen – allen einstigen pragmatischen Aussagen über einen „demokratischen“ und „humanen“ Sozialismus abschwörend – für Markt plädiert, während die westlichen Grünen zumindest partiell noch an planwirtschaftlichen Aussagen festhalten.

4. Mangels hegemoniefähiger neuer Schichten oder Klassen erwiesen sich zum erheblichen Teil bisherige Machtträger als fähig, einen Wende- bzw. Anpassungsprozeß zu vollziehen, als dessen Symbolfigur der russische Präsident Boris Jelzin angesehen werden kann.
5. Von den systemstützenden Institutionen – Staat, Partei, Armee, Sicherheitsapparat – wurden in der Regel nur die Partei total, der Staat partiell, Armee und Sicherheitsapparat kaum in der Substanz tangiert. Das Element der Kontinuität im Prozeß des Wandels ist unübersehbar, die Folgen kaum prognostizierbar.
6. Der neue Nationalismus ist kein demokratischer, von breiten Volksbewegungen getragener, sondern ein elitär-konservativer, die neuen Marktinteressen artikulierender Hegemonieanspruch. Das entscheidende Minus besteht in der realen Demokratieinsuffizienz: 10 000 Demonstranten vor den Fernsehkameras suggerieren ganze Völker in Bewegung.
7. Unter diesen Bedingungen gewinnt die irrationale Symbolik des Nationalen, d.h. die Exposition des auf den eigenen Ethnos zurückgenommene Andersseins eine entscheidende kompensatorische Funktion. Der negative übertrumpft den affirmativen Nationalismus.
8. Auf merkwürdige Weise ist die politische Situation in Ost- und Südosteuropa infolge der auf halbem Weg stehengebliebenen Revolution bonapartistisch determiniert. Bonapartistisch nicht im Sinn einer offenen Militärdiktatur, obwohl deren Ansätze regional schon gegeben bzw. für die Zukunft zu erwarten sind, sondern im Sinne einer populistisch verbrämten Dominanz der Exekutive – hier ausdrücklich Lech Walesa als Leitfigur eingeschlossen –, wie sie eigentlich stets für die Instabilität postrevolutionärer Phasen typisch ist. An die Stelle der offenen tritt die restriktiv-autoritäre Demokratie: auf andere Weise die Stunde der Exekutive, nur jeder jakobinischen Potenz entblößt.
9. Für den spezifisch autoritären Charakter der Rationalisierungsprozesse spricht der radikal-traditionalistische, nicht selten klerikal-monarchische Rückgriff: Die falsche Moderne wird durch historisch überholte Prämoderne ersetzt. Erneut ergeben Geschichte, Sprache, Ethnos, Literatur die Vehikel, um dem Institut Nation mit dem Anspruch innerer und äußerer Exklusivität auf die Beine zu helfen.

Die Anhänger der Lyotard, Baudrillard und Derrida dürfen es zufrieden sein: Der wider besseres Wissen dem Begriff Universalgeschichte unterlegte Totalitätsanspruch, gleichsam ein narrativ verpackter historischer Totalitarismus, ist endlich ad absurdum geführt. Dissens ist angesagt: Die Völker genießen den Irrgarten neuentdeckter Nationalidentitäten, natürlich ideologiefrei, auch wenn die erkennbare Sackgasse angesichts transkontinentaler und globaler Hegemoniekonstellationen als Tor zu den Champs Elysées der Posthistoire begriffen wird, an deren Ende Fukuyama steht und den Nachweis führt, daß die Geschichte doch ehernen Gesetzen folge, wenn es nur gelänge, die bisher falschen durch die richtigen zu ersetzen.

In Europa begegnen sich zwei historische Zeiten und kaum kompatible Erfahrungshorizonte. Supranationale Integration in Westeuropa unter den Bedingungen der Delegation nationaler (Teil-) Souveränitäten an übergeordnete Integrationsebenen; dagegen in Ost- und Südosteuropa die Verfestigung nationaler Strukturen nach den Kriterien des 19. Jh., wenn auch auf dem Hintergrund des 20. Jh. Allerdings ergibt sich bei genauem Hinsehen, daß die zeitliche Differenz weniger stark ausgeprägt ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Gerade die Beschlüsse von Maastricht (Dezember 1991) haben deutlich werden lassen, daß trotz des Integrationsdruckes der herrschenden Achse Deutschland-Frankreich die nationale Frage virulent bleibt: in Deutschland selbst um die Stärke der D-Mark, in Frankreich wegen der föderalen Strukturen, die nationale Identität – das noch immer aktuelle Europa der Vaterländer – bewahren sollen; dazu die Summe der übrigen nationalen Fragen: Flamen–Wallonen; Iren, Schotten, Waliser; Nord–Süditalien; Korsika; Griechenland–Mazedonien; Katalanen–Basken–Galicier; dazu jüngst die Absage der Dänen.

Wo liegt der mögliche goldene Schnitt zwischen Imperium und Nation? Immer deutlicher zeichnet sich dafür die Region ab. In ihren regionalen, ethnischen, wirtschaftlichen und sprachlich-kulturellen Bedingtheiten ist die Region die konstante historische Entwicklung – sie hat eindeutig prämoderne Wurzeln, sie weist in ihren Wirkungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zugleich über das moderne, d.h. letztlich zeitgebundene Statut der Nation hinaus – eine in postmodernen Entwicklungszwängen wirklich moderne Alternative. Allerdings erscheinen die Ansätze, die abgrenzende Exklusivität von Nation auf regionaler Ebene („nach unten“ wie „nach oben“) zu überwinden, in Westeuropa ausgeprägter, während Konstruktionen wie die GUS noch zu den Spätformen des Imperiums gehören, für die neue Formen der Integration erst noch in einem schmerzvollen Prozeß gefunden werden müssen; deren Demokratisierungsanspruch und -potential wird dabei entscheidend sein. Vor allem der notwendige Abschied von hegemoniegeprägter Weltgeschichte zu

einer in ihren Alternativen offenen, weil die Vielfalt der Menschheitsinteressen anerkennenden Globalgeschichte kann die konstitutive Funktion der Regionen erweisen.